

«Teilweise haben wir sicherlich über unsere Verhältnisse gelebt»

Sanierung der Sozialwerke, ein Ende des Giesskannenprinzips, Verbesserung des Bildungswesens, Bewältigung der Flüchtlingstragödie, Entflechtung von Staat und Kirche: Erbprinz Alois nennt im Interview mit der lie:zeit die Herausforderungen der kommenden Jahre. **Interview:** Michael Benvenuti. **Fotos:** Oliver Hartmann

lie:zeit Durchlaucht, Sie drängen seit Jahren vehement auf Reformen bei den Sozialsystemen und fordern gleichzeitig ein Ende des Giesskannenprinzips. Kam die Regierung Ihren Erwartungen mit der KVG-Reform nach?

Erbprinz Alois: Ja. Die Regierung geht meiner Ansicht nach mit der KVG-Reform einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Wie bei jeder Reform, die sehr umstritten ist und bei der viele stark divergierende Interessen aufeinanderprallen, mussten gewisse Abstriche gemacht

Das Referendumskomitee «fL21» warnt vor einer Entsolidarisierung der Gesellschaft und sieht einen Angriff auf die Kranken und finanziell Schwachen. Teilen Sie diese Vorwürfe? Sollte im Gesundheitswesen das Giesskannenprinzip weiter praktiziert werden?

Nein. Ich teile die Vorwürfe des Referendumskomitees nicht. Auch nach Einführung der geplanten Reform bleibt unser Gesundheitswesen sehr solidarisch. Unsolidarisch wäre es für mich vielmehr, die bestehenden Probleme nicht zu lösen und nicht

ner politischen Blockade im Gesundheitsbereich. Die Vorgängerregierung hat vor nicht allzu langer Zeit schon einmal den Versuch einer Gesundheitsreform unternommen, um den Herausforderungen gerecht zu werden und die Kosten in den Griff zu bekommen. Doch diese Reform ist bekanntlich im Landtag weitgehend gescheitert. Hingegen wurde die jetzige Reform im Landtag sehr breit diskutiert und mit grosser Mehrheit angenommen. Wird auch die aktuelle Reform abgelehnt, wäre die Gefahr meiner Ansicht nach gross, dass die Politik eine Zeit lang ihre Finger vom Thema Gesundheit lässt. Nicht zuletzt, weil es üblich ist, nach einer Volksabstimmung ein Thema vorerst ruhen zu lassen.

.....

«Unsolidarisch wäre es für mich vielmehr, die bestehenden Probleme im Gesundheitssystem nicht zu lösen.»

S.D. Erbprinz Alois

.....

werden – zwischen Vernehmlassung, erster und zweiter Lesung wurde bekanntlich noch einiges geändert. Wäre das Ziel die Umsetzung einer optimalen Reform gewesen, hätte die Regierung bzw. der Landtag den einen oder anderen Kompromiss nicht eingehen dürfen. Aber eine solche Reform hätte nicht umgesetzt werden können – das ist die politische Realität.

zu versuchen, das Gesundheitssystem auch im Hinblick auf zukünftige Generationen finanziell nachhaltig zu gestalten.

Die Regierung warnt davor, dass mit einer Ablehnung der Reform an der Urne ein jahrelanger Stillstand im Gesundheitswesen drohe. Können Sie diese Sorgen nachvollziehen? Ja, ich sehe auch die Gefahr ei-

Die Freie Liste hat in der Debatte um die KVG-Reform mit einigen Vorschlägen aufhorchen lassen, wie etwa einkommens- und vermögensabhängigen Prämien und Beiträgen oder staatlich angestellten Ärzten. Liesse sich ein solches Modell in Liechtenstein umsetzen?

Ich halte diese Vorschläge nicht für sinnvoll. Liechtenstein hat heute im Grunde genommen schon ein einkommens- und vermögensabhängiges Gesundheitssystem. Denn die staatlichen Steuergelder, mit denen Prämien und andere Ausgaben im Gesundheitswesen in grossem

Ausmass subventioniert werden, sind ja einkommens- und vermögensabhängig. Wie die jüngst in einer kleinen Anfrage aufgezeigten Zahlen belegen, zahlt ein sehr beträchtlicher Teil der Bürger in Liechtenstein gar keine oder kaum Steuern und rund 1 Prozent fast die Hälfte der Steuern. Betreffend die Anstellung von Ärzten beim Staat kann ich mir nicht vorstellen, dass dies umgesetzt werden könnte – nicht zuletzt, weil wahrscheinlich unsere Ärzte kaum für dieses Modell gewonnen werden könnten.



S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein im Gespräch mit Michael Benvenuti.



Mit der geplanten AHV-Reform wartet die nächste umstrittene Gesetzesvorlage. Wie bei der KVG-Reform sehen sich auch hier Pensionisten als Opfer. Sollte die Regierung, vor allem auch in Anbetracht des Generationenvertrags, mehr Rücksicht auf die Rentner nehmen?

Meines Erachtens nimmt die Regierung sehr wohl Rücksicht auf die Pensionisten. Die grosse Herausforderung ist es, eine Regelung zu finden, die allen Pensionisten gerecht wird. Es gibt Pensionisten, die in ihrer akti-

ven Zeit nur wenig für das Alter vorsorgen konnten und nun allein von der AHV leben. Hier muss der Staat sicher teilweise Unterstützung leisten – was allerdings auch vorgesehen ist. Dann gibt es jedoch auch etliche Pensionisten, die zum vermögendsten Teil der Bevölkerung überhaupt gehören. Wenn die Regierung diese Gruppe mit der Giesskanne unterstützt, wäre dies geradezu unvernünftig.

Sie sprechen sich also dagegen aus, dass Personen, die das 64.

Lebensjahr erfolgreich hinter sich gebracht haben, automatisch privilegiert werden?

Ja. Den nächsten Generationen wird schon allein durch die Situation der sehr ungünstigen demografischen Entwicklung eine riesige Bürde aufgelastet.

Nachdem Liechtenstein einige Jahre tiefrote Zahlen schrieb, ist der Staatshaushalt mittlerweile wieder im positiven Bereich. Könnte dieser Überschuss nicht in Form höherer Staatsbeiträge in die Sozialwerke gepumpt

werden, etwa in die AHV oder in OKP-Prämien, um die Bevölkerung wieder zu entlasten?

Nein, das stellt für mich keine vernünftige Option dar. Wir hatten zwar jüngst einigermaßen gute Zahlen, was den Staatshaushalt betrifft. Dies ist aber zu einem grossen Ausmass auch auf die hohen Einnahmen aus dem Finanzvermögen aufgrund der vorteilhaften Börsenentwicklungen zurückzuführen. Die laufende Rechnung ist hingegen immer noch negativ. Ausserdem herrscht in Europa weiterhin

eine sehr angespannte Situation, die in nächster Zeit durchaus zu zusätzlichen Belastungen und einem Rückgang der Staatseinnahmen führen könnte.

Sie haben am 15. August in Ihrer Ansprache an die Bürger appelliert, sich wieder mit weniger zufrieden zu geben und die Wünsche realistischer zu formulieren. Hat Liechtenstein in der Vergangenheit mitunter über seine Verhältnisse gelebt? Ja, teilweise haben wir sicherlich über unsere Verhältnisse gelebt. So war etwa im Bereich der Altersvorsorge bereits vor einigen Jahren absehbar, dass diese nicht nachhaltig ausgestaltet ist. Indem nicht sofort entsprechende Reformen ergriffen wurden, hat man im Grunde über die Verhältnisse gelebt. Überhaupt wurde

Meiner Ansicht nach ist nicht der Staat für die Bürger verantwortlich, sondern die Bürger für den Staat. Sie bestimmen letzten Endes, wie der Staat aussehen soll, wie viele Aufgaben sie selbst wahrnehmen wollen, und was sie dem Staat übergeben wollen. Wenn die Bürger sich genügend Freiheit und Freiräume behalten wollen, dürfen sie nicht zu viele Aufgaben und Verantwortung an den Staat abschieben. Je mehr sie abschieben, umso weniger Freiheiten und Spielräume bleiben ihnen.

Besteht durch den Rückzug des Staates nicht die Gefahr, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet? Wenn Rückzug des Staates so verstanden wird, dass weniger Unterstützungsleistungen aus-

Reich nicht viel kleiner werden. Hingegen leidet die Wirtschaft bald einmal unter enormen Belastungen und der Kuchen wird zu Lasten aller kleiner.

Sie haben die Bildung als entscheidenden Faktor angesprochen: Genügt unser System den künftigen Herausforderungen? Reichen punktuelle Verbesserungen? Es sollte in nächster Zeit überprüft werden, ob wir das Bildungssystem nicht noch weiter optimieren können. Ein gutes Bildungssystem ist ganz entscheidend für den Staat: nicht nur wegen der Schere zwischen Arm und Reich, sondern auch für eine florierende Wirtschaft und damit letztlich für die Staatseinnahmen und die Finanzierung unserer Sozialsysteme. Wir soll-

regeln. Von meiner Frau weiss ich zum Beispiel, dass häufig Frauen im Schwangerschaftskonflikt gar nicht die Unterstützungsleistungen des Staates kennen, auf die sie dann angewiesen sind, und auch in dieser Hinsicht beraten werden müssen. Eine zentrale Stelle wäre für solche Situationen durchaus hilfreich. Es würde zudem auch schwieriger werden, unberechtigt Leistungen des Staates anzuzapfen, wenn es künftig nur noch eine statt mehrerer Anlaufstellen gibt. Der Sozialmissbrauch könnte also gleichzeitig eingedämmt werden.

Sie verlangen von den Bürgern mehr Eigenverantwortung, gleichzeitig gehen Staat bzw. staatliche Unternehmen mit Steuergeldern alles andere als verantwortungsvoll um, wie jüngst das Beispiel der Post zeigte. Können Sie den Unmut in der Bevölkerung nachvollziehen?

Ja. Ich kann den Unmut verstehen. Es ist für mich allerdings ein gutes Beispiel dafür, dass man nicht zu viel Verantwortung auf den Staat übertragen soll. Bei staatlichen bzw. staatsnahen Unternehmen besteht immer die Gefahr, dass Entscheide – vor allem auch Personalentscheide – nicht nur aus unternehmerischer, sondern auch aus parteipolitischer Sicht gefällt werden. Dies kann dann häufig schlecht für das Unternehmen sein.

Mit Corporate Governance wurde versucht, die öffentlichen Unternehmen aus dem Griff der Parteipolitik zu lösen. Ist das geglückt, oder hat die Politik noch immer zu viel Einfluss auf Post, LKW und Co.?

Die so genannte Corporate-Governance-Reform war zwar ein Schritt in die richtige Richtung, ist aber nicht in jeglicher Hinsicht geglückt. Hinsichtlich der Bestellung der Verwaltungsrats- oder Aufsichtsratsmitglieder sollten neue Prozesse geschaffen werden, sodass parteipolitische Überlegungen möglichst keine Rolle mehr spielen, sondern ausschliesslich die Qualifikation der Kandidaten. So wäre z.B. zu überlegen, Kandidaten grund-



«Wenn die Bürger sich genügend Freiheit und Freiräume behalten wollen, dürfen sie nicht zu viele Aufgaben und Verantwortung an den Staat abschieben.»

S.D. Erbprinz Alois



mit Staatsausgaben recht grosszügig umgegangen, wie dies nur in rosigen Zeiten mit starkem Wachstum möglich war, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aber nicht vertretbar ist. Andererseits war die Haushaltspolitik Liechtensteins im internationalen Vergleich sehr diszipliniert, wodurch die Probleme unseres Staatshaushalts deutlich geringer sind als in vielen anderen Staaten. Es ist aber immer schwer für die Politik, Gelder, die vorhanden sind, nicht zu verteilen (lacht).

Sie riefen am Staatsfeiertag erneut zu mehr Eigenverantwortung der Bürger auf. Wie wenig Staat vertragen die Bürger? Oder umgekehrt: Wieviel Verantwortung muss der Staat für seine Bürger tragen?

gerichtet werden und weniger Umverteilung stattfindet, kann es tatsächlich dazu führen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich stärker öffnet. In Liechtenstein bleibt aber auch nach Umsetzung der Regierungsvorlagen zur Gesundheitsvorsorge und zur Altersvorsorge ein grosses Mass an Umverteilung und damit Solidarität, wie ich vorher schon dargelegt habe. Das Öffnen der Schere zwischen Arm und Reich kann ausserdem besser durch ein gutes Bildungssystem verhindert werden als durch Umverteilung. Denn die Schere tut sich vor allem zwischen den gut und den nicht gut Ausgebildeten auf und die Erfahrungen mit zu umfangreichen Umverteilungssystemen haben gezeigt, dass dadurch die Unterschiede zwischen Arm und

ten unser Bildungssystem vor allem flexibler und dezentraler gestalten, damit die Vielfalt an Angeboten zunimmt und die Lehrer genügend Gestaltungsspielräume erhalten, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Schüler schneller und besser gerecht werden zu können.

Nochmals zurück zu den Bedürftigen. Teilweise sind ihnen die Unterstützungsleistungen des Staates gar nicht bekannt, oder sie können diese in ihrer Situation nur schwer anzapfen. Könnte hier eine zentrale Anlaufstelle mit einheitlichen Bemessungsgrundlagen helfen? So lange keine zusätzliche Bürokratie geschaffen wird, kann es durchaus sinnvoll sein, Unterstützungsleistungen zentral zu



«Es ist immer schwer für die Politik, Gelder, die vorhanden sind, nicht zu verteilen», sagt Erbprinz Alois.

sätzlich über Ausschreibungen und nicht mehr über Parteikanäle zu suchen. Auch sollte bei grundlegenden Entscheidungen die Zustimmung der Regierung als Eigentümerversorgerin eingeholt werden. Hier wäre es sinnvoll, nochmals über die Bücher zu gehen: Für welche Entscheidungen braucht es neben der Zustimmung des Verwaltungsrates auch jene der Regierung? Dazu zählen meiner Ansicht nach Akquisitionen, der Verkauf von Geschäftszweigen oder die Aufnahme von Tätigkeiten in neuen Geschäftsbereichen oder im Ausland.

Wäre es nicht eine Option, Post, LKW, LGV und Co. komplett zu privatisieren? Welche Bereiche müssten in Ihren Augen zwingend unter der Obhut des Staates bleiben?

Grundsätzlich ist es am besten, wenn Unternehmen in privater Hand sind – dann stellt sich das Problem mit Corporate Governance erst gar nicht. Ich halte es zudem für wichtig, dass für alle

staatlichen Unternehmen regelmässig die Frage gestellt wird, ob der Staat weiterhin der richtige Eigentümer ist. Privatisierung wird sicher dort am leichtesten funktionieren, wo es schon einen natürlichen Wettbewerb mit privaten Unternehmen gibt. Schwieriger wird es in Sektoren, in denen Private kein Interesse haben, aktiv zu werden, oder, wo es de facto ein Monopol gäbe. Hier muss eruiert werden, ob es besser ist, das Unternehmen weiterhin unter staatlicher Obhut zu belassen, oder ob es an eine private Trägerschaft übergeben wird, aber das Service Public staatlich auferlegt und kontrolliert wird. Dies könnte wegen der Kleinheit unseres Landes allerdings manchmal schwieriger zu bewerkstelligen sein als in grösseren Staaten.

Apropos schwierig zu bewerkstelligen: Eine Entwicklung, die auch nicht im Sinne des Fürstenhauses verläuft, ist die Entflechtung von Kirche und

Staat. Wie lange soll die Regierung noch versuchen, den eingeschlagenen Weg fortzuführen?

Man ist schon sehr weit gekommen, es fehlen nur noch Lösungen in Gamprin und Balzers. Angesichts dessen halte ich es für sinnvoll, den Verhandlungspartnern noch etwas Zeit zu geben. Allerdings können wir auch nicht ewig warten, bis die Entscheidungsträger in den Gemeinden oder beim Erzbistum zu einer Lösung kommen. Wenn nicht bald Bewegung in die Ver-

handlungen kommt, wird darüber nachzudenken sein, einseitig durch den Staat eine neue Regelung zu erreichen.

Wie interpretieren Sie das?

Ich will mich jetzt hier nicht auf einen fixen Termin festlegen, weil das für Verhandlungen eher hinderlich ist. Aber: Die Zeit, die den letzten beiden Gemeinden und dem Erzbistum für eine Einigung eingeräumt wird, sollte nicht disproportional zur Dauer der bereits abgeschlossenen Verhandlungen in den übrigen

Anzeige

KVG REVISION
Krankenversicherungsgesetz

JA zum neuen KVG
Bezahlbare Prämien für ALLE



www.kvgrevision.li

Finden Sie, dass die Krankenkassenprämien zu hoch sind? Wir auch!

Mit dem neuen KVG werden **wirksame Massnahmen** umgesetzt, um die **Prämien zu entlasten.**



«Anstatt Ausländern eine teilweise Mitbestimmung zu erlauben, halte ich es für sinnvoller, das Erlangen der Staatsbürgerschaft zu erleichtern», hält Erbprinz Alois im Interview fest.

Gemeinden sein. Irgendwann wird man sagen müssen: Jetzt ist Schluss.

Wäre es eventuell hilfreich, das Gesamtpaket zu öffnen und stattdessen die finanzielle Entflechtung, das Konkordat und die Verfassungsänderung separat zu erledigen?

Nein, das halte ich nicht für sinnvoll. Das würde auch nicht die aktuellen Probleme lösen – die vermögensrechtliche Entflechtung zwischen Gemeinden und katholischer Kirche. Wenn keine Einigung zu erzielen ist,

wird der Staat meiner Ansicht nach das finanzielle Verhältnis zwischen Staat und Kirche so regeln müssen, dass sich die Religionsgemeinschaften durch Spenden der Gläubigen finanzieren und die katholische Kirche die offenen vermögensrechtlichen Fragen mit den Gemeinden direkt regelt – oder eben nicht.

Im Gegensatz zum Erzbistum, das sich in der Aufnahme oder Betreuung von Flüchtlingen stark im Hintergrund gehalten hat und hält, agiert das Land Liechtenstein seiner lan-

gen humanitären Tradition folgend grosszügig. Ist es dem Land überhaupt möglich, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen? Wann wird Liechtenstein an seine Grenzen stossen?

Liechtenstein kann zwar noch einige Flüchtlinge mehr aufnehmen, aber zumindest von den absoluten Zahlen her sind die zusätzlichen Kapazitäten, die Liechtenstein anbieten kann, sehr beschränkt.

Schutzsuchende aufzunehmen, ist nur der erste Schritt – ein Teil der Asylsuchenden wird bleiben dürfen. Sehen Sie deren Integration als Chance, oder mehr als kostenintensive, schwierige Aufgabe für das Land?

Ich halte es für durchaus richtig, die Integration von Asylanten als Chance für die Schutzsuchenden und auch für das Land zu sehen und zu ergreifen. Aber es ist natürlich eine schwierige und kostenintensive Aufgabe, die nicht in allen Fällen gelingen wird.

Die aktuelle Flüchtlingstragödie gilt als grösste Herausforderung Europas der kommenden Jahre. Wie ernst sind die Warnungen jener zu nehmen, die vor einer Islamisierung Europas warnen?

Vor allem wenn die viel höheren Geburtenraten der islamischen Bevölkerung im Vergleich zur restlichen Bevölkerung auch in Zukunft so hoch bleiben, wird man davon ausgehen müssen, dass besonders durch eine Zunahme der islamischen Zuwanderung Europa auch insgesamt islamischer wird. Obwohl unter den Zuwanderern nur ein sehr geringer Anteil radikaler Islamisten ist, wird die Zuwanderung insgesamt wahrscheinlich zu kulturellen Änderungen mit grossen Herausforderungen für die Gesellschaft führen. Wenn eine solche Entwicklung ausserdem sehr schnell passiert, besteht eine erhebliche Gefahr von Gegenreaktionen mit grossem Konfliktpotenzial.

Konfliktpotenzial birgt auch eine Vorlage der Regierung: Der zweite Souverän könnte

demnächst Zuwachs erhalten, falls Auslandslichtensteiner tatsächlich das Stimm- und Wahlrecht erhalten. Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Modell der potenziellen Betroffenheit zufrieden?

Ich kann zwar gut verstehen, dass Auslandslichtensteiner gerne das Stimm- und Wahlrecht erhalten möchten. Bei der Kleinheit des Landes müssen wir aber aufpassen, dass nicht ein beträchtlicher Anteil der Stimmbürger über Dinge entscheiden können, die nicht sie, sondern nur die im Lande lebenden Stimmbürger betreffen. Hierzu das passende System von potentieller Betroffenheit zu finden, ist schwierig. Ob das vorgeschlagene Modell die beste Lösung ist, kann ich nicht beurteilen, es ist zumindest ein Ansatz, der dieser Herausforderung gerecht zu werden versucht.

Müssten umgekehrt nicht auch Personen mit ausländischem Pass, die seit Jahrzehnten in Liechtenstein leben, im Land mitbestimmen dürfen – zumindest auf Gemeindeebene?

Grundsätzlich stellt sich die Situation eines Zuwanderers etwas anders dar: Er hatte ja zuhause ein Stimmrecht und zog im Bewusstsein nach Liechtenstein, dass er hier zumindest vorerst kein Mitbestimmungsrecht hat. Auf längere Sicht gesehen ist das natürlich unbefriedigend. Doch anstatt Ausländern eine teilweise Mitbestimmung zu erlauben, halte ich es für sinnvoller, das Erlangen der Staatsbürgerschaft zu erleichtern. Da gibt es zwei Möglichkeiten: Die Einbürgerungsfristen reduzieren und/oder doppelte Staatsbürgerschaften erlauben. In beiden Bereichen sind wir im internationalen Vergleich eher zurückhaltend.

Abschliessend: Was wünschen Sie Liechtensteins Einwohnern für das kommende Jahr?

Ich wünsche ihnen, dass sich das wirtschaftliche Umfeld vor allem in Europa wieder verbessert. Dadurch würde auch wieder die wirtschaftliche Situation unseres Staates sowie die der Einwohner gestärkt werden.